

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 256.

Dienstag, den 1. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Auch eine Antwort.

Nahrungsnot und Elend in Deutschland an allen Enden! Es erneuern sich die Zeichen der schlimmsten Jahre. Man vernimmt von ausgegrabenen Tierkadavern, die in Industriegegenden von Arbeiterfamilien verzehrt wurden. Die Hunde- und Pferdeschlachtungen nehmen ständig zu. In den Volksschulen zeugen die bleichen Gesichter der Proletarierkinder für die mangelhafte Ernährung, die ihnen das Elternhaus nur bieten kann. Die Armen- und Wohltätigkeitsanstalten werden überlaufen von Leuten, die sich bei den heutigen Lebensmittelpreisen nicht mehr satt zu essen vermögen. Selbst die Arbeiterfamilien, deren Ernährer in fester und regelmäßig bezahlter Beschäftigung steht, wissen kaum mehr, wie sie ihre Wirtschaft einrichten sollen, nachdem die Ausgaben in gar keinem Verhältnis zu den Einnahmen steigen. Millionen von Müttern leisten in diesen Schichten Heldenstücke, indem sie entbehren und dem Vater und den Kindern die schmalen Fleischbissen zuschieben.

Nun macht der biedere Deutsche keine Hungerrevolte. Er preßt seine Notschreie in Resolutionen und Petitionen gegen den Fleischwucher, wie sie der Reichsregierung seit Monaten in so großer Anzahl zugehen, daß wahrscheinlich mit ihrem Papierwert allein ganz ansehnliche Fleischrationen sich kaufen ließen. In Österreich gönnt die Regierung, so sehr sie von den Agariern beherrscht ist, den Massen wenigstens billige Kostproben mit argentinischem Fleisch. Der benachbarte bayerische Landwirtschaftsrat ist durch Österreich angestückt und meint, gegen eine begrenzte Einfuhr ausländischen Fleisches, solange die Not anhält, habe er auch nichts einzuwenden. In Berlin aber weiß man es besser. Man ist dort durchaus von der Aufgabe durchdrungen, die aufreizendste Sprache der Tatsachen noch durch die herausfordernde Verhöhnung der Volksmassen mit Sunkerbrutalitäten zu übertrumpfen. Man führt sich als bürussischer Lehrmeister in der rückwärtslosesten Klassenherrschaft. Auf die Notrufe nach Öffnung der Grenzen erfolgt keine Milderung der Vieh- und Fleischsperrre, sondern ein neuer Schlag gegen die Volksernährung und eine neue Verteuerungsmäßregel. Dem Reichstag ist bekanntlich vom Reichskanzler der Gesegentwurf über Einführung von Schiffahrtsabgaben vorgegangen.

Man steht es dem schmalen Aktenheftchen nicht an, welcher Sunkerhohn aus ihm spricht. In hochtrabenden Sätzen wird von der Notwendigkeit des Ausbaues des deutschen Wasserstraßennetzes gesprochen. Er sei „eines der wirksamsten Mittel zur Förderung des nationalen Wirtschaftslebens und deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der inneren Politik“. Beim Mittellandkanal hat dieselbe preußische Sunkerclique, die jetzt ihre Regierungslakaien jene Sätze schreiben läßt, die Fortsetzung des Kanalnetzes in das Herz ihrer ostelbischen Gutsbezirke verhindert, weil sie jede Revolutionierung ihres Herrschaftsbezirktes durch Industrieanlagen mit gewerblichen Arbeitern zu fürchten hat, wie der Teufel der Sage das Kreuzeszeichen. Man wird niemandem glauben machen wollen, daß die preußischen Feudalen inzwischen andere geworden wären. Im Gegenteil, sie schlagen jetzt zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie verpflichten sich durch ihr Eintreten für Schiffahrtsabgaben die Regierung so, daß sich diese doppelt hüten wird, die Ofelbier durch sozial unwillkommene Kanäle zu belästigen. Und sie sperren die Wasserstraßen dort, wo sich ihr Ausbau nicht verhindern läßt, durch die neuen Abgaben gegen die Gütertransporte ab, die nicht im agrarischen Interesse liegen. Das ist des Pudels Kern der Vorlage über die Erhebung von Schiffahrtsabgaben, die Bethmann-Hollweg dem Reichstage vorlegt.

Ganz hat sich dieser Latbestand auch durch die „nationalen“ Phrasen des Entwurfs und seiner Begründung nicht verhillen lassen. Er bricht dort durch, wo von dem finanziellen Zweck der neuen Abgaben die Rede ist und wo es heißt: „Die Hindernisse, welche der Entwicklung des deutschen Wasserstraßennetzes im allgemeinen und dem Ausbau der natürlichen Wasserstraßen im besonderen bisher entgegenstehen, liegen hauptsächlich in der Frage der Kostendeckung... Von Preußen muß jedenfalls gesagt werden, daß es für die fernere Verbesserung seiner natürlichen Wasserstraßen, abgesehen von etwaigen völkerrechtlichen Verpflichtungen, ohne Erhebung von Schiffahrtsabgaben keine Mittel aufwenden kann. Der Stillstand in der baulichen Entwicklung der preußischen Wasserstraßen würde aber in Anbetracht ihrer Lage zu anderen Schiffahrtswegen und ihrer bedeutenden Ausdehnung nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse des deutschen Gesamt-Wasserstraßennetzes bleiben.“ Preußen mit seinen tiefen

überschüssen aus den Staatsbahnen, mit seiner Vermögens- und Einkommensteuer hat keine Mittel zum Ausbau der Wasserstraßen, wenn nicht der Transport auf ihnen versteuert wird! Es wäre zum Lachen, wenn der Reich nicht so unverfroren erschlene. Die Hauptsache ist den Sunkern, daß sie die Mündungen und Unterläufe aller deutschen Wasserstraßen in ihrem Herrschaftsgebiet haben und die billige Verschiffung von Lebensmitteln auf ihnen mit den neuen Abgaben verhindern können. Der Ausbau der deutschen Wasserstraßen ist ihnen Hekuba, so lockende Versprechungen sie auch den oberdeutschen Staaten haben machen lassen. Am den Verteuerungstarif für den Wasserverkehr überhaupt dreht sich alles, und Getreide hat nach diesem Tarif die höchsten Sätze zu zahlen. Es handelt sich um die Fortsetzung der Steuerpolitik des schwarzblauen Blocks auf Umwegen. Nach den erhöhten Kaffee-, Tee- und Schokoladesteuern, nach der Erhöhung der Biersteuer erhöhte Brotsteuern. Nur zur Abwechslung geschieht die Einführung über das neue Wasserstraßengesetz. Vielleicht soll den Massen versinnbildlicht werden, daß ihre Hoffnungen auf eine volkstümliche Gestaltung des deutschen Steuerwesens so lange zu Wasser werden müssen, als die preußischen Sunker im Rohre des Dreiklassenwahlrechts sitzen und sich Pfeifen schneiden. Bis auf Außerlichkeiten erstreckt sich der Zusammenhang der neuen Wuchermaßregeln mit denjenigen, die der Bund der Ritter und Geistlichen vor zwei Jahren beschlossen hat. War es doch ebenfalls ein Zentrumsmann, der schon 1905 zur Kanalvorlage ausführte, der Staat könne nunmehr seine Tarifpolitik auch auf die Wasserstraßen ausdehnen. Eisenbahn und Wasserstraße würden „Brüder“, die keinen Grund mehr hätten, in Wettbewerb zu treten. Das Ausland werde es „nicht merken“, wenn seine Erzeugnisse (Getreide) einen höheren Tarif zahlen müßten, der einer Erhöhung der Schutzzölle gleichkäme. So nachzulesen im Kommissionsbericht des Zentrumsabgeordneten Am Zehnhoß von 1905. Da wurde bereits in nackten Worten zugestanden, was Regierung und schwarzblauer Block jetzt von neuem gegen die billige Lebensmittelversorgung im agrarischen Interesse planen: eine Erhöhung der Schutzzölle auf Umwegen!

Das ist die Antwort der Reichsregierung und der herrschenden Klassen auf den Ernährungsjammer und die Fleischnot, unter denen sich die deutschen Volksmassen winden. Auch eine Antwort! Eine Antwort, so keck und gewaltsam, wie sie je brutale Nachthaber für ihre „Unterthanen“ gehabt haben. Vor Sena ließ der preußische Sunker den vor Hunger zitternden Bauer zur Weihnachtszeit in den gefrorenen Karpfenteich steigen und die leckere Festspeise für die Schloßtafel mit kraftlosen Händen holen. Heute hat das deutsche Proletariat Köpfe und Hände, die im lauten Betrieb der modernen Fabrik und des Verkehrs geschult und gestärkt sind. Es wird und muß seine kraftvolle Antwort auf die Sunkerkeckheiten finden!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Militärvorlage.

Mit der kommenden Militärvorlage scheint es doch eine ganz eigene Bewandnis zu haben. Während vorige Woche in den der Regierung nahestehenden Blättern zu lesen war, daß die Militärvorlage nur das Allernotwendigste beanspruche, daß insbesondere zur Erfüllung der Ansprüche neue Steuern nicht notwendig sei, bringt jetzt der „Lokalanzeiger“ eine amtliche Meldung folgenden Inhalts:

Die Militärvorlage ist, wie wir entgegen anders lautenden Meldungen an maßgebender Stelle erfahren, noch nicht an den Bundesrat gelangt. Auch ist es unrichtig, daß einigen Bundesratsmitgliedern bereits Einzelheiten über die militärischen Forderungen zugegangen sein sollen.

Das würde sich ungefähr mit dem decken, was in der sozialdemokratischen Presse seit Monaten vertreten worden ist. Tatsächlich geht nach unseren Informationen die Militärvorlage weit über den Rahmen dessen hinaus, was von der governementalen Presse in den letzten Wochen behauptet worden ist. Offensichtlich wollte man die Mehrheit des Volkes beruhigen und gleichzeitig jondieren, auf welche Stimmung die Militärvorlage zu rechnen habe. Wir halten auch jetzt noch daran fest, daß neue Forderungen gestellt werden, im Umfange eines ganzen Armeekorps und daran würde auch der Umstand nichts ändern, daß die Anforderungen angeblich auf fünf Jahre verteilt werden sollen.

Es ist auch ganz klar, daß solche Truppenmengen nicht im Handumdrehen aufgestellt werden können, sondern daß die Ausstattung nur nach und nach erfolgen kann. Eine große Militärvorlage dürfte aber vor den Wahlen kaum eine Mehrheit im Reichstage finden und deshalb gewinnt es in vermehrtem Maße den

Anschein, als ob die Militärvorlage zum Anlaß einer Reichstagsauflösung benutzt werden soll. Sicher ist mindestens soviel, daß in den maßgebenden Kreisen Unstimmigkeiten über die Militärvorlage bestehen; denn wenn diese Vorlage jetzt dem Bundesrat noch nicht zugegangen ist, dann erscheint es doch sehr fraglich, ob sie gleichzeitig mit dem Etat dem Reichstag unterbreitet werden kann. Auf alle Fälle tut man gut, aus Anlaß der Militärvorlage mit unvorhergesehenen Überraschungen zu rechnen.

Ein Programmpunkt Bethmann-Hollwegs.

Der Kanzler des Reiches, Herr v. Bethmann-Hollweg, hat es bis jetzt mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, vermieden, zu sagen, was er denn nun eigentlich will. Pressemeldungen, die da und dort über die Absichten des Kanzlers auftauchen, sind entweder dementiert, oder doch so abgeschwächt worden, daß fast nichts mehr übrig blieb. Nur soviel stand bis jetzt fest, daß der Kanzler die bürgerlichen Parteien sammeln will. Auf welcher Grundlage das geschehen soll, das kann aus einem Passus in dem Wochenrückblick der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geschlossen werden, der da besagt:

„Im übrigen ist auch in dieser Woche mancherlei über das Programm des Reichskanzlers geredet und geschrieben worden. So hat der Abg. Herr v. Oldenburg bei Vorträgen in seinem Wahlkreis sich darüber geäußert, wie ein solches Programm aussehen müßte, und mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Sozialdemokratie betont. Der Reichskanzler hat es nie im Zweifel gelassen, daß er hierin eine der Hauptaufgaben der Regierung und der Parteien sieht. Die ersten Symptome, die in Moabit und anderwärts zutage getreten sind, sprechen deutlich genug von den Fortschritten der revolutionären Massenverheerung, deren Übermut durch die Paralyse der sich in Zwietracht verzehrenden staatsbehaltenden Kräfte nur erhöht werden kann. Mögen die bürgerlichen Parteien die Lehren dieser Vorgänge beherzigen! Wenn Herr v. Oldenburg aber glaubt, der Regierung den Moabiter Unruhen gegenüber Schwäche vorwerfen zu müssen, so müssen wir dem widersprechen. Die Behörden haben bei der Niederwerfung der Moabiter Revolte in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan und haben Anspruch auf Anerkennung ihrer Tapferkeit.“

Das also ist der wesentlichste Teil der lückischen Absichten, die Herr v. Bethmann-Hollweg ein Programm nennt. Der Sozialistenschrecken soll die bürgerlichen Parteien zusammenreiben. Den roten Lappen will der Kanzler schwenken. Ganz die Manier des Reichsverbandes zur Niederlegung der Sozialdemokratie. Das also ist des Kanzlers Weisheit letzter Schluß! Viel hat man ihm gewiß nicht zugezogen, aber daß er sich über solche politischen Gemeinplätze nicht erheben kann, das wirkt doch einigermaßen frappierend selbst bei einem Bureaukraten vom Schlage des jetzigen Kanzlers. Die Anerkennung für die Polizei setzt dem ganzen die Krone auf. Herr v. Bethmann-Hollweg hat eigentlich seinen Beruf verfehlt, er hätte Polizeipräsident von Berlin werden müssen. Hier wäre er weit mehr auf einem für ihn passenden Posten gewesen, als in dem Amte eines Reichskanzlers. Vom Polizeieifer befeelt, will er die Geschichte des Deutschen Reiches lenken, er bildet sich ein, daß sein Plan die Angst vor der Sozialdemokratie derart in die Höhe treiben könnte, daß das ganze Bürgerium vor Schrecken in die Knie sinkt. Vielleicht glaubt er auch, daß die Empörung über die neuen Steuern, die er unterzeichnet hat, auf diese Weise überhört werden könnte. Auf alle Fälle steht aber so viel fest, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in den ausgetretenen Geleisen der Polizeiwirtschaft weitermarschieren will und daß er sich einbildet, auf diese Weise mit einer Partei fertig zu werden, wie die Sozialdemokratie es heute ist. Diese neuesten Absichten des Kanzlers werden nicht verfehlen, die Entrüstung, die heute schon im Lande bei den Massen besteht, noch ganz wesentlich zu steigern.

Der Schnapsblock bei den kommenden Reichstagswahlen.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus der Rheinpfalz gemeldet wird, ist zwischen dem Zentrum und dem Bund der Landwirte ein Wahlbündnis für die kommenden Reichstagswahlen abgeschlossen worden. Auf der anderen Seite stehen die Nationalliberalen und die Fortschrittler, die ebenfalls daran sind zu einem Bündnis zu kommen. Der Bund der Landwirte hat in der Pfalz das Mandat seines Führers, des Abg. Dr. Koeftke, der in Karlsruhe unteren gewählt ist, zu verteidigen. Die Nationalliberalen wollen den bekannten Weingutsbesitzer Buch im Wahlkreis Neustadt aufstellen, den zurzeit Genosse Huber im Reichstag vertritt. Man rechnet damit, daß es dem Herrn Buch gelingt, den Wahlkreis zu erobern. Die Sozialdemokratie wird natürlich in allen Wahlkreisen selbständig vorgehen und wenn man aus den letzten Reichswahlen in der Pfalz einen Schluß ziehen darf,

Dann wird es unseren Parteigenossen gelingen, nicht nur die Sitze zu erhalten, die wir heute haben, sondern vielleicht auch das Mandat in Kaiserslautern zu übernehmen.

Hofgeschichten.

Der König von Sachsen hat neulich dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz einen Besuch abgestattet. Bei einer Hofstafel hat nun Friedrich August von Sachsen in einem Trinkspruch die Bemerkung einfließen lassen, daß „in der gegenwärtigen Zeit die deutschen Bundesfürsten freu zusammenstehen müßten.“ Dieser Trinkspruch ist im „Reichsanzeiger“ ebenso wenig abgedruckt worden, wie die übrigen Neufestlicher Tafelreden. Die liberale Presse hat das als auffällig bezeichnet.

Nun kommt ein ultramontanes Blatt, die von Dr. A. Kausen in München herausgegebene „Allgemeine Rundschau“ (Nr. 44 vom 29. Oktober 1910) und enthüllt mit sichtlichem Behagen die Gründe der Unterdrückung jener sächsischen Tafelrede. Danach ist man in Berlin verstimmt wegen der misslichen ehelichen Verhältnisse am großherzoglichen Hofe. Der jetzt im 63. Lebensjahre stehende Großherzog Adolf Friedrich übe bei seinem alljährlichen Riviera-Aufenthalt nicht die Vorsicht und Zurückhaltung, die schon durch die äußeren Umstände geboten sei. Unter dem durchsichtigen Inkognito eines Grafen Altwenden (der Großherzog führt den Nebenstitel eines Fürsten von Wenden) werde der Großherzog mit einer „Madame Urbas“ („aus Frankfurt a. M.“) und mit seinem Kammerherrn Baron von Blücher in der offiziellen Fremdenliste aufgeführt. Den Gästen und Passanten des Hotels, in dem er seit Jahren mit Madame Urbas und seinem Kammerherrn wohnte, wurde er als Sehenswürdigkeit gezeigt. Norddeutsche Damen, die den Großherzog an der Seite dieser Dame sehen, würden in ihren Empfindungen wohl nicht wenig verwirrt worden sein. Dem Kammerherrn des Fürsten könne der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er einen deutschen Bundesfürsten, den man schon aus dem Bilde wieder erkenne, einem öffentlichen Aufsehen aussetze, das unter den obwaltenden Umständen nur höchst peinlich sein könnte. Man müsse die Verhältnisse an der Riviera kennen und wissen, wie viele illegitime Paare aus zahlungsunfähigen Kreisen dort ein vorübergehendes Asyl suchen, um die Wirkungen des geschändeten Zusammenlebens erweisen zu können. Die Großherzogin Elisabeth habe an der „Eheirung“ ihres Gatten in den ersten Jahren schwer gelitten, sodaß sie zeitweilig sogar in einer Nervenheilanstalt habe Heilung suchen müssen. Es klinge sehr glaubhaft, wenn berichtet werde, daß der Kaiser und die Kaiserin, deren strenge Anschauungen hinlänglich bekannt seien, der „Eheirung“ im großherzoglichen Hause Mecklenburg-Strelitz mit besonderem Unbehagen gegenüberstehen. Der König von Sachsen sei selbstverständlich über diese Eheirung nicht unterrichtet gewesen.

Auch eine Antwort.

Der „Bund deutscher Redakteure“, dessen Vorsitzender der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ ist, hat sich wegen der bekannten Rede des Oberpräsidenten v. Malchowsky an den Minister v. Dallwitz beschwerdeführend gewandt. Der Minister hat diesen Redakteuren nun geantwortet und in dieser Antwort gesagt, daß die Behauptung, das Gros der deutschen Zeitungen werde in der Ferienzeit von jungen, noch unerfahrenen Leuten bedient, auf nicht zutreffenden Voraussetzungen beruhe. Der Minister erkennt an, daß namentlich die im „Bunde deutscher Redakteure“ vertretenen Zeitungen („Kreuzzeitung“ und ähnliche Presseorgane) auch während der Ferien sorgfältig geleitet werden. Die Äußerung des Oberpräsidenten sei aber zurückzuführen auf eine erklärliche Erregung über die das monarchische Empfinden verletzende Auslegung einer Rede des Kaisers.

Damit ist der Oberpräsident glänzend gerechtfertigt, denn der Minister stimmt ihm so ziemlich in allen Punkten zu und der „Bund deutscher Redakteure“ wird hoch befriedigt sein, daß er überhaupt einer Antwort gewürdigt wurde.

Das Zentrum eine Gefahr für den Staat.

Der „Reichsbote“, das fromme Berliner Pastorenblatt, das streng konservativ ist, und das im speziellen die Berliner Hofrichtigkeit vertritt, leitartikelhaft in der Nummer vom Sonntag über das Reformationsfest. Der Artikel enthält folgende bemerkenswerte Stelle über das Zentrum:

Die Gefahren des Ultramontanismus berühren weniger die evangelische Kirche als den Staat und das nationale, gesellschaftliche, soziale Leben, weil er die konfessionellen Gegensätze in allen Verhältnissen hineinragt und in der Nation den katholischen Teil abzusondern und mit zahllosen kirchlichen Vereinen zu verbanen sucht. Um das zu erreichen, wird dem katholischen Volke die evangelische Kirche möglichst schlecht gemacht, als Seelengefahr und die Reformation als Teufelswerk hingestellt. Deshalb richten alle Päpste ihre Enzykliken gegen die evangelische Kirche immer nach Deutschland, wo die große konfessionelle Mischung der Bevölkerung besteht, und die Hierarchie läßt es deshalb auch zu keinem völligen Einleben des katholischen Volkes in den Staat kommen, um die Verbindung mit den Protestanten möglichst zu verhindern. Auf diesem Absonderungsbestreben beruht auch das deutsche Zentrum. Darum ist der Ultramontanismus mit seiner Unterwerfung der katholischen Bevölkerung unter die römische Hierarchie viel mehr eine Gefahr für den Staat und die Nation als für die evangelische Kirche.

Trotzdem marschieren Konservative und Zentrum Arm zu Arm!

Die Gelben als Schutzwache der Regierung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt ein Lob auf die Gelben, denen sie die größte Ausbreitung und Beachtung wünscht. Ein Lob aus diesem Munde wirkt auf alle Fälle widersprechend, wenn auch nicht unpassend ist, daß die Elemente, aus denen die Gelben sich zusammensetzen, das zu merken in der Lage sind. Das Lob der Regierung rührt an den Gelben, daß ihnen der Klassenkampf nicht der Mittelpunkt alles sozialen und politischen Lebens ist, sondern daß sie in friedlichen Verhandlungen mit den Unternehmern die wirtschaftliche Lage der Mitglieder zu verbessern suchen. Ein Teil unserer Partei und auch der Politiker und Nationalökonom

Maß von Unparteilichkeit zuteil werden lassen; das sei bedauernd, weil ohne starke Sympathien am nationalen Bürgerium jene Vereine in ihrer Entwicklung nur langsam Fortschritte machen können. Das Regierungsblatt wünscht den Gelben, daß es ihnen gelingen möge, sich selbstständig durchzuschlagen. Das werde ihre Volkstümmlichkeit in den Arbeiterkreisen nur stärken können, denn am letzten Ende komme es ja wesentlich darauf an, daß die Gelben Fortschritte in der Arbeiterbewegung selber machen. — Zu den Gelben gehört auch die Hingesehe Streikbrechergarde und es ist allerdings nichts dagegen zu sagen, wenn das Organ der Regierung sich in dieser Gesellschaft ganz besonders wohl fühlt. Die Geschmäcker sind nun einmal verschieden und über den Geschmack läßt sich nicht streiten.

Die Pannwirtschaft geht weiter.

Mit großem Geschrei verkündet seit einigen Tagen die regierungsfreundliche Presse, daß der kommende Reichsetat geradezu ein Musterbeispiel von Sparsamkeit sein werde. In diese Freude fällt aber doch ein bitterer Tropfen, denn es wird jetzt schon zugegeben, daß abermals 100 Millionen Mark auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Anleihe aufgebracht werden müssen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß dieser angeblich sparsam aufgestellte Etat gar nichts zu bedeuten hat. Der Etat wird Ende März verabschiedet, die Reichstagswahlen finden aller spätestens im Herbst statt und die Etatsüberschreitungen oder die Nachtragsetats gehen dann dem neuen Reichstag zu. Wie diese Rechnung dann aussehen wird, das läßt sich heute noch nicht einmal annähernd überschauen. Es besteht die begründete Vermutung, daß ein Etat vorgelegt wird, von dem die Regierung selber ganz genau weiß, daß er in dieser Form auf keinen Fall eingehalten werden kann. Man bezweckt damit nichts anderes, als die Wähler zu täuschen. Sind erst die Wahlen vorüber, dann wird das Volk die gewaltig aufgelaufene Zechen nachträglich bezahlen müssen.

Die neue Moabiterei in Berlin.

Die von der Polizei versorgten Berliner Blätter bringen lange Berichte, die mit zahlreichen sensationellen Einzelheiten gespickt sind, über die Unruhen am Wedding. Es liegt der Polizei offenbar sehr daran, die Vorgänge nach Kräften aufzubauen, einmal um das blindwütige Dreinhalten der Polizisten nachträglich mit dem Schein der Berechtigung zu umgeben und vor allem, um den Scharfmachern erwünschten Anlaß zum Schreien nach Ausnahmegeetzen zu geben.

Am Sonntag war alles ruhig bis auf das vereinzelte Gröhlen einiger betrunkener junger Burschen in den Abendstunden. Die Polizei aber traf Anstalten, auch am Wedding ein Kriegslager einzurichten und wenn irgend möglich, Straßenschlachten zu liefern. Ein Polizeibericht erzählt von einer Polizeikonferenz folgendes:

„Es wurde beschlossen, die gesamte Schutzmannschaft zu konfignieren und starke Reserven in die dem „Unruhegebiet“ benachbarten Wachen zu legen.“

Sollten sich Menschen zusammenrotten, dann sollte die Schutzmannschaft

zunächst von der blanken Waffe Gebrauch machen. Sei hieron kein Erfolg zu versprechen, und sollte aus der Menge wieder auf die Schutzleute geschossen werden, so sollen die mit Karabinern ausgerüsteten Besatzungen, die in Abteilungen von je 30 Mann patrouillieren, in der Weise schießen, daß alle dreißig Mann sich auf ein Kommando platt auf den Boden legen und zuerst jeder dritte Mann einen Schuß abgibt, insgesamt sollen also zunächst zehn Schüsse abgefeuert werden, die nach den Beinen der Erregenden zu richten sind. Sollte das nicht helfen, so sollen sofort zwanzig weitere Schüsse abgegeben werden und nach einigen Sekunden die ganze Abteilung eine Salve abgeben. Habe auch dies keine Wirkung, so sollen andere mit Karabinern ausgerüstete Abteilungen zusammengezogen und ein Schnellfeuer auf die Menge eröffnet werden.“

Alle Polizeiberichte haben die Tendenz, die Polizisten als die Angegriffenen hinzustellen. Das gehört zu dem scharfmacherischen Zweck, dem die ganze Aktion dienen soll.

Nach dem amtlichen Bericht wurden vierzehn Personen festgenommen, darunter zwei Frauen, die „Blutbunde“, „Berebere“ usw. gerufen hatten. Einer von ihnen hat mit einem Stein geworfen, ein anderer hat die Gaslaternen ausgedreht. Der amtliche Bericht sagt weiter:

„Daß man es bei diesen Ausschreitungen auch wieder vielfach mit organisierten Arbeitern zu tun gehabt haben dürfte, geht wohl daraus hervor, daß mehrfach die Arbeitermarxistkassette und andere Arbeiterlieder gesungen worden sind.“

Das ist natürlich wieder ein Ausfluß polizeilicher Phantasien, wenn nichts Schlimmeres, denn wie maßgebende Stellen der Organisation der Fleischer übergenügend dargelegt haben, hat diese weder an den bisherigen Ausläufen irgend welchen Anteil, noch beabsichtigt sie etwas zu unternehmen; sie steht dem Bonkott, wie auch den Straßenzügen völlig fern. Die übereifrige Polizei dürfte an den Ausläufen in erster Linie die Schuld tragen.

Der Sonntag blieb ganz ruhig, obwohl um 3 Uhr nachmittags die ersten Mannschaften ausrückten, und zwar 250 Fußgänger, 50 Radfahrer, 40 berittene Schutzleute und 20 Kriminalschutzleute. Diese Mannschaften wurden um 5 Uhr auf das Doppelte verstärkt. — Am Montag vormittag fand einige kleinere Reibereien mit Frauen statt.

Der „Vorwärts“ gab ein Extrablatt über die neue Moabiterei heraus, in welchem die Arbeiterchaft aufgefordert wird, sich nicht provozieren zu lassen.

Studentenbewegung.

Eine Kundgebung der Studentenschaft wird für den 4. November vorbereitet. An diesem Tage sollen in allen deutschen Hochschulfstädten Studentensammlungen stattfinden mit dem Thema: „Die Rechte des Studierenden. Reform der akademischen Disziplinarvorschriften.“ Es sollen in diesen Versammlungen Vorträge von Akademikern und Parlamentariern über die Notwendigkeit einer baldigen Reform der veralteten Disziplinargesetzgebung gehalten werden. Die Universitätsbehörden haben sich mit der Abhaltung der Versammlung einverstanden erklärt.

Der landständische Ausschuss

Der badische Volksvertretung war am Freitag in Karlsruhe (Ständehaus) versammelt. Bis her war die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Geck vertreten; jetzt sitzen zwei Sozialdemokraten, neben Geck auch der 1. Vizepräsident Geiß, in dem Kollegium, welches einmal in der Legislaturperiode zusammentritt, um die Abrechnungen der Staatskasse, des Domänengrundstocks, der Amortisationskasse, der Eisenbahnschuldentilgung, zu prüfen. Nach Erledigung dieser Tagesordnung findet wenn es gewünscht wird, eine Aussprache mit den Ressortministern statt. Zum Schluß pflegt nach altem Brauch der jeweilige Vorsitzende des landständischen Ausschusses das Kollegium zu einem gemeinsamen Mahle zu sich einzuladen. Seit einigen Jahren führt der Prinz Max von Baden, der künftige Großherzog, als Präsident der 1. Kammer, im landständischen Ausschusse den Vorsitz. Während er im Oktober 1908 eine Einladung dazu an alle Ausschussmitglieder richtete, wurde diesmal die sozialdemokratische Vertretung übergangen.

Frankreich.

Ein Pyrrhussieg. Die Sonntagsitzung der Kammer hat, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, das tieferhafte Interesse aller Klassen der Pariser Gesellschaft erregt. Schon in den Vormittagsstunden hatten Equipagen vor dem Palais Bourbon, deren Insassen sich in den Wartesälen um Tribünenplätze bemühten. Scharen von Arbeitern drängen heran und versuchen auf der Straßenseite der Kammer Posten zu fassen; sie werden von Polizisten zurückgehalten, doch kommt es vorläufig zu keinen Manifestationen. Die ständigen Gäste des Palais Bourbon, Deputierte und Journalisten, müssen sich durch die dichtgeschlossene Masse der Wartenden den Weg bahnen. Alle Tribünen des Hauses, alle Bänke der Deputierten sind vollbesetzt, die Diplomatenloge sogar bis auf den letzten Platz gefüllt. Als die Sitzung beginnt, sind alle Minister, mit Einschluß Vivianis, auf ihren Plätzen. Als Briand als letzter eintritt, applaudiert das Zentrum. Die Sozialisten verhalten sich ausgegebener Order gemäß ruhig. Die Debatte über die Tagesordnung beginnt. Das junge Mitglied der demokratischen Linken Landry spricht seine Mißbilligung der gestrigen Exzesse aus. Er erklärt, daß er der Regierung das Vertrauen aussprechen werde. (Beifall links und im Zentrum.) Deputierter Raynaud, gleichfalls von der demokratischen Linken, mit Beifall empfangen, sagt, daß er und seine Freunde nicht für die einfache Tagesordnung stimmen könnten. Das Land würde diese Haltung nicht verstehen. (Beifall bei der Majorität, Lärm bei den Sozialisten.) Es wird auf der Tribüne bekannt, daß Raynaud und seine Gruppe, die „demokratische Linke“, ein Vertrauensvotum redigiert haben, das von sechzig Mitgliedern unterzeichnet und dessen Text von Briand akzeptiert ist. Auch der frühere Handelsminister Cruppi, unter dessen Präsidium letzte Nacht zweihundert Deputierte feierlich beschlossen hatten, nur die einfache Tagesordnung zu bewilligen, hat zum Rückzug geblasen. Er hat mit seinen Freunden beschlossen, sich der Tagesordnung des Deputierten Laguerre anzuschließen, die die Handlungen der Regierung billigt, aber betont, daß der Respekt vor der Befähigkeit vor allen anderen Dingen gewahrt bleiben müsse. Dieser lahme Rückzug Cruppis wird viel kommentiert. Die Aktien Briands beginnen auf neue zu steigen. Als einer der Führer des letzten Tumults, der Radikale Dalimier, gegen die Regierung spricht, empfangen ihn Rufe: „Genug! Wir wollen nichts mehr hören!“ Nunmehr meldet sich Briand zum Wort. Als er auf die Tribüne geht, wird es totenstill im Saal. Briand bittet die Kammer, ohne Rücksicht auf irgend etwas anderes als das Wohl des Vaterlandes ihr Votum zu fällen. „Wenn die Meinung gegen mich ist“, sagte er, „dann wird der arme Diktator sich beugen und schweigend in den Rang der Kämpfer zurücktreten. Nur deutlich soll das Urteil der Kammer sein, damit es vom Lande verstanden wird.“ Nach der Rede Briands, in der jeder Angriff und jedes Werben um eine gute Meinung geschickt vermieden, war es nicht mehr zweifelhaft, daß dieser Mann noch einmal den Sieg davontragen werde. Als Cruppi seine Meinungsänderung verteidigt und einige schwächliche Worte des Tadelns sagt, wird er mit eifrigem Schweigen angehört, und als Pelletan reden will, ruft man ihm zu: „Hinsetzen! Wir wollen Sie nicht hören!“ Und als er betroffen niedertaucht, tönt ihm der Ruf nach: „Sagen Sie auch jetzt?“ Endlich war der mit Ungeduld erwartete Schluß der Debatte erklärt, und es begann die Reihe der Abstimmungen. Zuerst wurde die von der Regierung bekämpfte einfache Tagesordnung mit 384 gegen 155 Stimmen abgelehnt. Guesde (geeinigter Sozialist) forderte sodann die Kammer auf, das Werk heiliger Gerechtigkeit zu vollenden und den Ministerpräsidenten in den Anklagezustand zu versetzen. Seine in diesem Sinne gehaltene Tagesordnung wurde mit 503 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Hierauf hat Briand über die Tagesordnung Raynaud abzustimmen und stellte die Vertrauensfrage hinsichtlich ihrer Priorität. Der Gegenantrag zugunsten einer Tagesordnung Ernest Roches, worin die Regierung aufgefordert wird, sich mit der Wiederanstellung der abgesetzten Eisenbahner zu beschäftigen, wurde mit 373 gegen 103 Stimmen abgelehnt. Am Schluß der Sitzung wurde dann die Tagesordnung Raynaud, die der Regierung das Vertrauen ausspricht, mit 388 gegen 94 Stimmen angenommen. Diese Tagesordnung bringt markt die Sabotage, die Gewalttätigkeiten und den Antipatriotismus, billigt, indem sie der Regierung das Vertrauen ausspricht, die Maßnahmen, die sie nach Recht und Gesetz ergriffen habe, um die legitimen Interessen der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen sowie die Freiheit der Republik und die vitalen Interessen des Landes zu schützen, und lehnt jeden weiteren Falsch ab. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag anberaumt.

Sozialismus und Nationalismus in Österreich.

Der internationale Kongress in Kopenhagen hat sich auf Vorschlag der österreichischen Genossen mit der nationalen Spaltung befassen müssen, die die tschechischen Separatisten in der Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen haben. Dadurch ist das Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Nationalitätenkampf in Österreich zu einer internationalen Frage geworden, worüber auch die Sozialisten anderer Länder sich ein Urteil bilden müssen.

Die Donaumonarchie umfaßt eine große Anzahl Völkerschaften verschiedener Herkunft und mit verschiedenen Sprachen. Solange diese als Bauern geschichtslos dahingleben, und nur die Deutschen an der modernen kapitalistischen Entwicklung teilnahmen, bemerkte man nichts davon. Seitdem aber die Entwicklung auch in die anderen Völker eindringt, seitdem darin Bourgeoischichten entstanden, die in Konkurrenz miteinander stehen und das Bedürfnis nach einer eigenen Kultur empfinden, wuchs der nationale Kampf empor vor allem in der Form eines Kampfes um die Gleichberechtigung der Sprache. Weil diese Entwicklung zuerst in dem fortgeschrittenen Lande Böhmen stattfand, trat die allgemeine Erscheinung des Aufstrebens der geschichtslosen Nationen zuerst und am kräftigsten als ein Kampf der Tschechen gegen die Deutschen hervor.

Diese nationalen Kämpfe bildeten ein gewaltiges Hemmnis für die zugleich emporkommende proletarische Bewegung. Sie lähmten die parlamentarische Tätigkeit durch nationale Obstruktion, sie verwirrten die Arbeiterklasse durch die nationalen Schlagwörter und täuschten ihnen eine Interessengleichheit mit den nationalen Bourgeoischichten vor. Welche Haltung hatte nun die Arbeiterbewegung den nationalen Forderungen und Kämpfen gegenüber einzunehmen? Otto Bauer, der durch seine Schriften am meisten zur Beleuchtung des Nationalitätenproblems beigetragen hat, drückte neulich die verschiedenen Auffassungen, die in dieser Frage möglich sind, in folgender Weise aus: „Soll die Arbeiterklasse Österreichs sich an nationalen Kämpfen beteiligen, aus denen immer nur die soziale und politische Reaktion ihre Kraft schöpft? Andererseits aber: Von den Forderungen, die der Gegenstand des Kampfes sind, sind sehr viele berechtigt. Können Demokraten zur Seite stehen, wenn um die Gleichberechtigung der Nationen gekämpft wird? Kann eine Arbeiterpartei untätig bleiben, wenn Schulen für Arbeiterkinder gefordert werden? Müssen wir nicht die nationalen Bourgeoischichten unterstützen, die für nationale Rechte kämpfen, die auch den Arbeitern ihrer Nationen zugute kommen werden? Die einen sagen: Die heutigen Machtverhältnisse machen jede Änderung des geltenden Nationalitätenrechts schlechthin undenkbar; es wird erst im Rahmen einer gänzlichen Umgestaltung des ganzen Staatsgebäudes geändert werden können. Wir vergeuden die Kraft der Arbeiterklasse, wenn wir uns an hoffnungslosen Kämpfen beteiligen. Die andern antworten: Können wir die Arbeiter auf den fernsten Tag vertrauen, an dem die nationale Selbstregierung verwirklicht werden wird? — Es sind sehr ernste Probleme der Taktik, die hier aufstehen.“

Nun müssen aber Argumente, die von der Berechtigung der nationalen Forderungen reden, sofort ausscheiden. Ein über den Klassen und Nationen stehendes höheres Recht, woran die Einzelansprüche zu messen und zu beurteilen sind, gibt es nicht. Jeder Klasse und jeder Nation ist Recht, was ihr im allgemeinen nützlich und gut ist. Jede empfindet als Recht und als berechtigt, was für sie nötig ist, was ihrem Lebensinteresse entspricht.

Jede nationale Forderung ist für die Bourgeoisie, die sie stellt, berechtigt. Für das Proletariat läßt die Frage nach ihrer Berechtigung auf die Frage hinaus, ob sie dem proletarischen Klassenkampf nützlich oder schädlich ist.

In welcher Weise ist nun das Interesse des Proletariats mit den nationalen Forderungen und Kämpfen verknüpft? In erster Linie dadurch, daß die nationalen Kämpfe ein schweres Hemmnis für die proletarische Bewegung bilden. Das Parlament wird gelähmt und dadurch unfähig gemacht, Arbeiterschutzgesetze zu beraten, die doch so bitter nötig sind. Die Arbeiter selbst werden in den Strudel nationaler Leidenschaften hineingezogen, die sie national spalten und ihren Blick von ihren unmittelbaren Klasseninteressen ablenken. Daher ist es für das Proletariat von höchstem Interesse, daß die nationalen Kämpfe aufhören. Sie können nur aufhören, wenn die Forderung nach nationaler Autonomie, die die unterdrückten Bourgeoischichten erheben müssen, gewährt wird. Daher liegt es im Interesse des Proletariats, selbst für diese Forderung einzutreten. Gegenüber denen, die ihre technische Undurchführbarkeit behaupten, hat sie in dem von Renner ausgearbeiteten Vorschlag gezeigt, wie jede Nation in der Regelung ihrer kulturellen Angelegenheiten autonom sein kann unter Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Einheit des Reichs; allerdings ist dabei so viel Demokratie und Selbstverwaltung nötig, daß der Vorschlag bei der herrschenden Bureaucratie den entschiedensten Widerstand finden muß. Und zugleich hat die sozialistische Partei die nationale Autonomie in eigenen Kreise anerkannt, indem die tschechische, die polnische, die deutsche Sozialdemokratie selbständige Parteien sind, die für die gemeinsame Sache regelmäßig zusammenwirken.

Diese Haltung setzt voraus, daß in der Tat durch die Hilfe des Proletariats den nationalen Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen ist und damit die schädlichen nationalen Kämpfe zu beseitigen sind. Fällt diese Voraussetzung, so erscheint die befolgte Taktik sofort in einem andern Lichte. Ist die nationale Autonomie eine Utopie, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu verwirklichen ist, so ist es für das Proletariat eine Kraftvergeudung, für eine solche Utopie einzutreten.

Der Form nach wäre sie, wie der Renner'sche Vorschlag beweist, genau so gut zu verwirklichen, wie viele andre bürgerlich-demokratische Forderungen. Aber genau so wie ihnen, stellen sich auch der nationalen Autonomie mächtige Interessen entgegen. Die moderne zentralisierte Staatsgewalt will sie nicht, weil dadurch ihre Macht beschränkt wird. Und diese Staatsgewalt besteht nicht bloß aus Ministern und Bureaucraten, sondern die mächtigsten Großkapitalisten stehen hinter ihr. Diese haben Interesse an einer einheitlichen Staatsgewalt, die nach außen und nach innen als eine starke Großmacht auftreten kann; von Demokratie und Autonomie wollen sie nichts wissen. Dann kommt noch hinzu, daß die Bourgeoisie selbst ein Interesse an der Fortdauer der nationalen Kämpfe hat, weil sie das Proletariat vom Klassenkampf ablenken. Ideologische Spaltungen der bürgerlichen Welt liegen immer im Interesse der herrschenden Klasse; in den meisten Ländern dient die Religion, in Österreich dient der Nationalitätenkampf als Mittel, das Proletariat zu spalten. Aus diesen Gründen erscheint es höchst unwahrscheinlich, daß die Bourgeoisie, solange sie herrscht, eine wirkliche Lösung der Nationalitätenfrage herbeiführen wird.

Damit verichwindet für die Sozialdemokratie der wichtigste Grund, sich für die nationalen Lösungen der Bourgeoisie ins Zeug zu legen. Umgekehrt, sie hat sie möglichst zu bekämpfen und die Klasseninteressen der Arbeiter in den Vordergrund zu stellen. Sie soll alle Arbeiter mit

dem Geiste des Internationalismus erfüllen, damit sie sich mit ihren anderssprachigen Klassengenossen eins fühlen, und nicht mit ihren gleichsprachigen Klassenfeinden. Die Wirkung der nationalen Kämpfe auf die Arbeiter ist nicht dadurch zu bekämpfen, daß man selbst ihre Forderungen übernimmt, sondern nur dadurch, daß man ihnen den allesbeherrschenden proletarischen Klassenkampf gegenüberstellt.

Liegt aber auch nicht in der nationalen Selbständigkeit ein unmittelbares Interesse des Proletariats, weil es sich nur dadurch die nationale Kultur aneignen kann? Die Arbeiter haben nur dieses Interesse, sich die proletarische Kultur, die sozialistische Befreiungslehre anzueignen. Daher muß der Sozialismus ihnen in der Sprache gebracht werden, die sie verstehen; dafür sorgt die Partei und in diesem Sinne kann man sagen, daß erst die Partei ihnen ein wirkliches nationales Kulturleben bringt, die reifste internationale Kultur in eigener Sprache. Nur scheinbar besteht hier, auf kulturellem Gebiet, eine Interessengemeinschaft mit der Bourgeoisie; diese will sich mit ihrer Sprachforderung vor allem die gleichsprachigen Arbeiter als Gefolgschaft sichern und sie in geistiger Abhängigkeit halten. Auch wo die beiden Klassen in einer Einzelsforderung, z. B. auf dem Gebiete der Schule, zusammentreffen — wie es Proletariat und Bourgeoisie in solchen Fragen überall mitunter passiert —, zeigt sich meist, daß der wirkliche Inhalt ihrer Forderungen grundverschieden ist.

So wie die Sozialdemokratie überall am kräftigsten gegen die bürgerlichen Lehren kämpfen muß, die die größte Macht unter den Arbeitern besitzen, so muß sie in Österreich vor allem gegen den Nationalismus aufzutreten. Der Ausländer, der nicht mitten in diesen Kämpfen steht, gewinnt aber vielfach den Eindruck, als ob die österreichische Sozialdemokratie den Nationalismus zuviel zu entzweifeln gesucht hat, anstatt ihn in den Arbeitern auszurotten. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der heutige Separatismus eine Folge jener opportunistischen Taktik ist. Diese Taktik schien lange erfolgreich, wenn sie die Partei äußerlich groß und mächtig gemacht hat; aber dafür hat sie jetzt die Partei in schwere innere Kämpfe gestürzt, deren Tragweite und Wirkung noch nicht abzusehen sind.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik in der Schlächtereier von Morgenstern in Berlin, der den Anlaß zu den Exzessen am Wedding gab, können wir mitteilen, daß auch hier wieder ein ganz untergeordneter gewerkschaftlicher Kampf durch das Einschreiten der Polizei zu so ungewöhnlichem Aufsehen kam. Der Fleischmeister Morgenstern hatte auf Ansuchen seiner Gehilfen versprochen, einen Erstgelesen zu entlassen. Er hielt nicht allein dieses Versprechen nicht, sondern umging auch die weitere Verpflichtung, die Sonntagsruhebestimmung, wie sie der § 105 c der G.-O. vorschreibt, zu beachten. Die Organisation unterhandelte mit ihm wiederholt, doch erfolglos. Als er einem Gesellen, der wegen Krankheit die paar Stunden Sonntagsarbeit nicht verrichten konnte, einen Tagelohn in Höhe von 3,50 Mk. abzog, entstanden neue Differenzen zwischen ihm und den Gehilfen. Der Meister entließ nun alle organisierten Gehilfen und erklärte, daß er es satt habe mit der Organisation. Darauf kam es zum Ausstand. Die Meldung des „Vokal-Anzeiger“, daß ein Geselle, der vier Montage blau gemacht habe, sich einen Lohnabzug nicht habe gefallen lassen wollen, ist unwahr; niemand hat vier Montage blau gemacht. Unrichtig ist auch, daß es wegen der Streikposten zu Zusammenstößen kam. Die Organisation stellt in der Nähe des Morgenstern'schen Geschäfts gar keine Streikposten auf. Der Streik wird gegenwärtig in aller Ruhe und Ordnung von der Organisation weiter geführt. — Nach eingezogenen Informationen können wir noch mitteilen, daß von der Organisation aus kein Boykott über die Firma verhängt worden ist und auch keine

Regine.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(Schluß.)

Der Meier schaute sie an und entgegnete: „Damals hast du's besser mit mir gemeint, Regine. Du hast nicht gesagt: 'Seh' dich!' sondern: 'komm, seh' dich zu mir!' — Das Mädchen erwiderte: „Das kannst du auch jetzt tun. Ich hab' dir den Platz nicht vorgeschrieben.“

Der Meier ließ sich das nicht zweimal sagen. Er setzte sich an den Tisch neben sie, immer noch mit Bescheidenheit, jedoch ein kleiner Raum zwischen ihnen blieb, aber doch so nah, daß er den etwas ausgebreiteten Sonntagstrock des Mädchens berührte. Diese nähte weiter und sah auf ihre Arbeit; er desgleichen betrachtete das Werk ihrer Hände. Das Gespräch war abgeklungen, und keins empfand einen Antrieb, es wieder zu beginnen. Man hörte wieder nur die Uhr und leise das Atmen der Liebenden. Sie fühlten sich in einem sonderbaren Zustand; nach der leichten Unterredung auf einmal beschwert, gehemmt, voll Scheu, aber das Herz voll süßer Empfindung, voll inniger Leidenschaft, die emporglühete in ihren Herzen und sich Bahn brechen wollte. Auf einmal richtete der Meier seinen Blick von den Fingern auf das Gesicht des Mädchens; sie, die es wahrzunehmen, erhob und wendete ihr Haupt ihm zu — und beide schauten sich etwas verlegen an, aber mit der innigsten Liebe ins Gesicht. Da ergriff der Mann ihre Hand, welche die Arbeit sich entsinken ließ, und rief im gutmütigsten, herzlichsten Tone: „Regine — ich hab' vielleicht noch länger warten sollen; aber sieh, ich kann nicht! — Du weißt, wie ich gegen dich gestimmt bin und was ich vorhab' — Sag mir, willst du meine Frau werden?“ Regine ward rot über und über, ihre Hand blieb zitternd in der seinen, ihr Herz schlug; aber ihre Lippen bewegten sich nicht, als ob das „Ja“ nicht mehr nötig wäre. — „Sag's Regine“, wiederholte der Mann sichtlich drängend, „wilst du die Meine werden?“

Die Augen des Mädchens waren feucht geworden, und glänzend von Liebe, glänzend von dem Tau der Nahrung eines dankerfüllten Gemüts, richteten sie sich auf das treue

Gesicht. „Ja“, rief sie, „ja, Johann, ich will es werden und will's bleiben bis in alle Ewigkeit!“ — „O, du Gute!“ rief der Liebende, indem er ihre Hand drückte. „Wer hätte geglaubt, daß es noch ein solches Glück auf der Welt gäbe für mich? O hab' Dank — hab' Dank tausendmal!“

Wie klangen diese Worte in das Ohr des Mädchens, die selbst unter der Last ihres Glückes und Dankes zu erliegen schienen! — Es soll nicht verschwiegen bleiben: nun war sie es, die ihre Arme ausbreitete, um den geliebten Mann aus Herz zu brüsten und ihre glühenden Lippen auf die seinen. — Endlich, endlich hatte sie ihn! Sie hielt in den Armen — niemand konnte, niemand durfte ihn ihr nehmen — er gehörte ihr allein!

Nach einiger Zeit saßen sie vertraulich beisammen wie ein Brautpaar, das nach Sicherung der heiligen Dinge Rat hält über weltliche. Regine hatte an ihn die Frage gerichtet, was die Schwester dazu sagen werde! Und der Meier erwiderte: „Fürs erste nichts — du kennst sie ja. Aber sie wird sich drein ergeben, und wenn das geschehen ist, sich benehmen, wie's einer Schwägerin zukommt. Sie hat keinen Grund sich über mich zu beklagen. Einmal hab' ich ihr nachgegeben, jetzt soll sie mir nachgeben.“ — „Und die Mutter?“ fuhr das Mädchen fort. — „Der hab' ich gesagt, was ich tun will, hab' ihr gezeigt, daß es das Beste ist für mich und für alle — und sie hat's eingesehen und ihre Einwilligung gegeben.“ — „Das freut mich“, rief das Mädchen lebhaft. „Nun“, fuhr sie nach kurzem Schweigen gutherzig fort, die Schwester wird auch wieder gut werden. Sie wird sich überzeugen, daß ich etwas in die Paushaltung bring, was am Ende mehr wert ist als Geld. Und dann“, fügte sie hinzu, „ein Bettelmädchen bin ich grad auch nicht! Ich hab' so viel, daß mancher mich gern zu seiner Bäuerin machen würde; und am Ende, von einem Mann, den man lieb hat, kann man sich auch was schenken lassen!“

„O Regine“, erwiderte der Meier, „wenn du nur magst, was ich dir geben kann! — Ich brauch ein Weib und meine Kinder brauchen eine Mutter, wie du bist! Mein, ich schenck dir nichts, ich verlang von dir viel mehr als du von mir bekommst!“ — „Nun“, versetzte die Jungfrau gerührt, „ich will dir geben, was ich habe, und tun, was ich kann. Du sollst an mir ein Weib haben, die dir treu

ist — treu bis in den Tod — und deine Kinder eine Mutter, die so gut sein wird mit ihnen wie eine rechte Mutter. Was in meinen Kräften steht, Johann, das soll geschehen. Darauf gebe ich dir meine Hand!“ — Der Meier ergriff freudig die dargebotene Hand, und sein Auge wehte auf der Verlobten mit unendlichem Vertrauen.

Als am Abend die Familie heimkam, wurde sie von Regine mit Ausrufungen der Freude empfangen. „Alles in Richtigkeit?“ fragte sie mit schönster Teilnahme. — „Alles“, erwiderte der Bruder; „Dienstag über vier Wochen kannst du eine Brautjungfer machen.“ — „Recht gern“, versetzte das Mädchen, „Glück über Glück! Ich gratulier dir, Bruder!“ — „Ich danke“, sagte der wackere Burche mit stolzer Freude, und lächelnd setzte er hinzu: „Nach, daß du bald nachkommst!“

Mutter und Tochter gingen miteinander in die obere Stube. Der alten Gröndnerin war der feierliche Glanz in dem Gesicht des Mädchens aufgefallen, und wie diese nun plötzlich ihre Hand faßte und zärtlich preßte, da ahnte sie, was vorgefallen war. „Nun?“ fragte die gute Alte. Regine erzählte ihr alles. Tränen traten dem Weib in die Augen. „Gott im Himmel“, rief sie, „was bin ich für eine glückliche Mutter! Das hab' ich nicht verdient! Das ist zu viel für mich! Mädchen, wenn uns jetzt dein Vater säbel!“

Bevor der Meier und Regine auseinandergegangen, hatten sie ausgemacht, daß der Verpruch, solange die Trauerzeit währte, ein Geheimnis der beiden Familien bleiben sollte. Wenn aber die Dorfleute diesen selber nicht erfuhren, so hatten sie doch gleichfalls lange schon gemerkt, was der Meier im Sinn trug und daß er keine andere nehmen würde, als die Regine. Man machte gegen beide gelegentliche Anspielungen, aber teilnahmsvoller und auch zarter, als dies sonst zu geschehen pflegt. Beide waren eigentliche Respektspersonen für das Dorf und von den meisten nicht nur geschätzt und gelobt, sondern auch geliebt.

Nachdem der Winter und mit ihm das Trauerjahr verfloßen war, setzten die beiden Familien den Tag der Hochzeit fest. Dieser erschien und brachte das ganze Dorf in die froheste Aufregung. Wenn der Bauer vorausweise Sinn

Woyott-Flugblätter verteilt worden sind. Die Handzettel, die verteilt wurden, rühren von einer einzelnen Person her, die dazu von der Organisation keinen Auftrag hatte.

Das Koalitionsrecht der deutschen Eisenbahner. In einer Sonderausgabe bringt die offizielle „Neue politische Korrespondenz“ einen aus der preussischen Eisenbahnerverwaltung stammenden Artikel: „Eisenbahnstreik und Sozialdemokratie“, in dem den Eisenbahnern schlagweg das freie Koalitionsrecht abgesprochen wird. Es heißt in dem Artikel: „Der springende Punkt ist der, daß im modernen Staat die Eisenbahnen das Arterienstück im Wollstärker darstellen. Wird diese Schlagader durch den Wasserstreik angehalten, so tritt Verblutung ein, wenn der Arzt nicht den gewalttätigen Eingriff der Aderunterbindung vornimmt. Was ist nun logischer, als hieraus die Notwendigkeit zu folgern, daß den Eisenbahnern das Streikrecht gegenüber den schwerer wiegenden Erfordernissen des öffentlichen Wohles nicht gewährt werden kann?“

In Deutschland finde man für diese Verlegung eine einwandfreie Rechtsgrundlage. Abgesehen davon, daß die Eisenbahner, soweit sie Beamte sind, schon als solche kein Streikrecht besitzen, findet auf die Eisenbahn der § 152 der Gewerbeordnung, der die gesetzliche Grundlage für das Recht der gemeinsamen Arbeitsvereinbarung bildet, keine Anwendung. Bei uns kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Eisenbahnbediensteten kein Recht ausüben, wenn sie streiken. Ein Einschreiten der Regierung gegen einen Eisenbahnstreik verlegt somit niemals Rechte der Eisenbahner, es stellt sich vielmehr als gerechtfertigte Abwehr einer unerlaubten Handlung dar. Diese unantastbare Rechtsgrundlage gibt an sich aber noch keine Sicherheit gegen das Ausbrechen eines Streikes, dessen wirtschaftliche Folgen natürlich nicht davon abhängen, ob ein Streikrecht besteht. Sie gewährt aber den sicheren Boden, auf dem die Maßnahmen, einem Ausstände vorzubeugen, getroffen werden können. Sie gestattet der Eisenbahnverwaltung, ihr Personal freizuhalten von Elementen, die den Streik nicht grundsätzlich verwerfen. Es bedeutet dies die Möglichkeit des Ausschusses von Sozialdemokraten. In richtiger Würdigung der Gefahr, die das Eindringen der Idee von der Zulässigkeit eines Streiks in die Reihen eines Personals mit sich bringen würde, hat die preussische Eisenbahnverwaltung längst von dem ihr gegebenen Rechte entschlossenen Gebrauch gemacht. Sie duldet nur Vereinigungen ihrer Angestellten, die den Streik als Mittel zur Durchsetzung von Forderungen grundsätzlich verwerfen und verbietet durch den Arbeitsvertrag die Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen. Damit ist den Sozialdemokraten der Zutritt zur Eisenbahnverwaltung versperrt und die Verleitung solcher, die sich trotzdem eingeschlichen haben, gegeben. Der Artikel verlangt schließlich noch, daß die „ideologischen Politiker“, deren Kritik sich so manchenmal gegen die Regierung richtet, dankbar anerkennen sollen, daß die preussische Eisenbahnverwaltung sich das „unbestreitbare Verdienst“ erworben habe, den Eisenbahnern rechtzeitig das Koalitionsrecht abzuschöpfen.

Wie es an staatlichen Hüttenwerken aussieht! Bei Freiberg i. S. befinden sich die sogenannten Muldenhüttenwerke, die Staatsbetriebe sind. Die Arbeit ist auf diesen Werken eine außerordentlich schwere und gesundheitsgefährliche. Das geht schon daraus hervor, daß die Leute vor dem Arbeitsantritt erst einer ärztlichen Untersuchung unterziehen müssen. Nur ganz gesunde Leute werden eingestellt. Da in der Gegend von Freiberg durch Einschränkung des staatlichen Bergbaues wegen Unrentabilität besonders viele Bergleute arbeitslos werden, so melden sich natürlich viele von diesen zur Arbeit auf den Muldenhütten. Von 20 Bergarbeitern sind aber durchschnittlich nur fünf zur Arbeit auf den Hüttenwerken tauglich. Trotz all dieser Tatsachen, die gemiß beweiskräftig für die schwere und gesundheitsgefährliche Arbeit sind, zählt man vielen Arbeitern und nicht etwa nur jüngeren — 26 Pfg. Stundenlohn. Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Das wird aber doch nicht dadurch bewiesen, daß der Staat seinen Arbeitern für besonders schwere und gesundheitsgefährliche Arbeit besonders niedrige Löhne zahlt!

Arbeitswilligen-Justiz in Sachsen. In Sachsen werden in der letzten Zeit besonders viele organisierte Arbeiter wegen angeblicher Arbeitswilligen-Verleumdung verurteilt. Es scheint fast so, als ob die von der bürgerlichen Presse maßlos aufgebauscht und zur Verleumdung der modernen Arbeitsbewegung benutzten Moabitler Vorgänge nicht ohne Einfluß auf diese Urteile sind; denn die Zeitungslektüre, der Richter und Schöffen wird natürlich fast nur von dieser Presse befruchtet. So wurde vom Schöffengericht Pirna jetzt wieder

ein organisierter Dachdecker zu 14 Tagen Gefängnis wegen angeblicher Verleumdung und Bedrohung eines arbeitswilligen Dachdeckers Groß verurteilt, der aber jetzt beim Militär ist. Dieser selbst hatte gar keine Anzeige erstattet, sondern sein Meister, denn er selbst hatte auf Ersuchen des Angeklagten den Strafantrag zurückgezogen. Der Wachmeister, dem er davon Mitteilung machte, meinte, er könne jederzeit den Strafantrag zurückziehen, es wäre jedoch gut, wenn er den Strafantrag stelle, sonst bekäme er keine Ruhe vor den Streikenden. (!) Sehr interessant ist noch eine Äußerung des Amtsanwalts. Der Angeklagte erklärte, dem Arbeitswilligen nur Vorhaltungen gemacht zu haben darüber, daß dieser über die Einstellung der Arbeit angelegen habe. Der Amtsanwalt meinte: Der Angeklagte sei jedenfalls schon tausendmal angeklagt worden, ohne sich darüber zu entrüsten. Trotzdem der Angeklagte entschieden bestritt, den Arbeitswilligen irgendwie beleidigt oder genötigt zu haben und trotzdem ein Zeuge das bezeugte, erkannte das Gericht doch auf Verurteilung mit der „Begründung“: Der Angeklagte habe zweifellos die Absicht gehabt, den Arbeitswilligen zu nötdigen.

Wie die Arbeitergroßen verwaltet werden, darüber stellt nun auch der Wiedemann Lebius in seinem gelben „Pund“ tiefstimmige Betrachtungen an. Der hatte noch gefehlt, nachdem die Reichsverbandspresse sich schon die Finger wund geschrieben hatte, um nachzuweisen, daß für Verwaltungszwecke ein großer Bruchteil der Einnahmen in den Gewerkschaften draufginge. Wollten wir das Lebiusche Geschreibsel widerlegen, so müßten wir wiederholen, was wir in diesen Tagen schon der Reichsverbandspresse gesagt haben. Und das hieße dem Lebius doch wirklich zu viel Ehre antun. Als Kuriosum wollen wir nur anführen, was Lebius alles zu den Verwaltungskosten rechnet. Außer den persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten der Hauptkassen und denen der Lokal- und Gaukassen rechnet er dazu die Ausgaben für Agitation, Generaterversammlungen, Statistiken, Stellenvermittlungen, Druckgaben etc. Auf die Art kommen 41,2 Proz. der Gesamtausgaben auf Verwaltungskosten heraus. Natürlich fehlt in der Aufstellung auch der für die Rechnung verhältnismäßig hohe Betrag von 13,4 Prozent nicht, der den Zahlstellen verbleibt, eine Summe, die als Fonds in den Zahlstellen vorhanden ist. Lebius und seine Geistesverwandten zeigen damit eine sehr schwache Ahnung vom Klassenwesen. Als Verwaltungskosten sind zu rechnen für persönliche Verwaltungskosten der Hauptkassen 1,7 Proz. und für sächliche 1,1 Proz.; dazu kommen 12,0 Proz. für Verwaltungskosten der Lokal- und Gaukassen, das sind noch nicht 15 Proz. Die Absicht bei diesen Rechnungen, nämlich den Nachweis zu führen, daß die Gewerkschaftsführer sich von den Arbeitergroßen mäßen, hat der leiblich angegriffene Verband der Buchdruckerhelfer Arbeiter zum Überflus damit abgewehrt, indem er feststellte, daß auf jeden seiner Beamten im Durchschnitt 1465 Mark Jahresgehalt kommt. Dafür betreiben sowohl der Wiedemann Lebius und das ihm nahestehende Geistesgeschlecht ihr ehrsameres Handwerk nicht. Übrigens: Wieviel von den Beiträgen der Selben gehen denn nach der Lebiusischen Aufstellung für Verwaltungszwecke drauf? U. A. m. g.

Sechster Internationaler Metallarbeiterkongress in Birmingham. Am Montag, dem 31. Oktober begann der sechste internationale Metallarbeiterkongress, der nicht nur von England, sondern besonders auch von dem europäischen Kontinent sehr stark besucht worden ist. Auf der Tagesordnung stehen durchaus praktische Fragen. Neben dem Bericht des Sekretärs wird sich der Kongress noch mit der Beförderung der Gegenseitigkeitsverhältnisse der Organisationen der einzelnen Länder beschäftigen. Einem Vorschlag des letzten Kongresses in Brüssel entsprechend hat der Sekretär dem diesjährigen Kongress einen Vorschlag unterbreitet, der allen Bundesvereinen zur Pflicht macht:

- 1) auf gestellte Fragen anderer Vereine Auskunft, oder, wenn solche nicht möglich, mindestens Antwort zu erteilen.
 - 2) Mitglieder von Bundesvereinen im jeweiligen Auslande in den zuständigen Vereinen kostenlos zu übernehmen.
 - 3) Bei Streiks und Aussperrungen ausländische Bundesvereine moralisch wie materiell zu unterstützen.
- Bei der Verschiedenartigkeit der Vereine und Anschauung beschränkt sich der Vorschlag nur auf das Allernotwendigste. Er vermeidet bei Übernahme von Mitgliedern die Gewährung von Rechten an diese und will sie von den jeweiligen Satzungen und etwaigen besonderen, einzelnen Bundesvereinen zu überlassenden Vereinbarungen abhängig machen. Ebenso sieht er materielle Unterstützungen bei Kämpfen nur in bringenden Fällen, wo die Mittel der betr. Organisation erschöpft sind oder ihre Existenz gefährdet ist vor. Außerdem beschäftigt sich der Kongress noch mit internationalen Erhebungen und dem schwedischen Großstreik im vorigen Jahre, bei dem ja bekanntlich der Internationale Metallarbeiterbund den kämpfenden Kollegen aus Mitteln der Bundesvereine 600 000 Mk. als Darlehen sofort zur Verfügung stellte und auch Sammlungen in den verschiedenen Ländern vornahm. Für den Kongress sind drei Tage in Aussicht genommen. Auf den Bericht des Sekretärs und die Tagung kommen wir noch zurück.

Soziales.

Wachstum und Konzentration der Vermögen in Preußen. Nach einer Aufstellung der amtlichen statistischen Korrespondenz (Nr. 40 vom 22. Oktober) belief sich das zur Ergänzungsteuer herangezogene Vermögen im Jahre 1902 auf rund 75,7, im Jahre 1908 auf rund 91,7 Milliarden Mark, hat sich also in den letzten sechs Jahren um 21,1 v. H. oder durchschnittlich jährlich um 3,2 v. H. vermehrt. Da eine Verpflichtung zur Vermögensanzeige nicht besteht, darf das tatsächlich vorhandene Privatvermögen noch beträchtlich höher geschätzt werden. Ferner müßten zur Ermittlung des letzteren die kleineren steuerfreien Vermögen hinzugerechnet werden; von diesen wissen wir aber nur, daß nach der Veranlagung für 1908 (1902) von der Ergänzungsteuer frei blieben (auf Grund der §§ 17 und 19 des Ergänzungsteuergesetzes) a) 4 669 534 (2 709 435) einkommensteuerpflichtige Haushaltungsvorstände und Einzelpersonen, deren steuerbares Vermögen den Gesamtwert von 6000 Mk. nicht erreichte, b) 303 683 (295 752) andere Personen, deren Vermögen zwar über 6000 bis 20 000 Mk. betrug, deren Einkommen jedoch 900 Mk. nicht überstieg, c) 1 147 (1 283) Personen mit demselben Vermögen, aber nicht über 1200 Mk. Einkommen und besonderen persönlichen Befreiungsgründen (Witwen, Waisen, Erwerbsunfähige usw.), d) 163 (353) Familien mit 6000 bis 10 000 Mk. Vermögen wegen beinträchtiger Leistungsfähigkeit. Ohne Zweifel befindet sich in den Händen all dieser Personen noch ein nach Milliarden zu bezifferndes Vermögen. — Die Statistik führt nun die 92 Milliarden nach der daran beteiligten Zahl der Besitzer auf, wobei sich herausstellt, daß an der ersten Milliarde nur 9 Besitzer (1902 noch 17) beteiligt sind. Durchgängig schrumpft die Zahl der Besitzenden zusammen; das amtliche Blatt legt zu

dem Graebnis: Wenn sich die an der ersten Milliarde Beteiligten stark vermindert und die großen Vermögen demgemäß vermehrt haben, befindet sich doch auch heute in Preußen noch kein „Milliardär“; das größte in einer Hand vereinigte Privatvermögen betrug 187 Millionen Mark, während es im Jahre 1905 eine Höhe von 214 Millionen erreichte. — Schon bei der zweiten Milliarde vergrößert sich der Teilnehmerkreis für 1902 bzw. 1908 auf 50 bzw. 28, bei der dritten auf 78 bzw. 47 Zehnteln. Die ersten 10 Milliarden gehörten 1902 den 1853, 1908 den 1107 reichsten Leuten; der Teilnehmerkreis für jede der obersten Milliarden ist also nicht unbedeutend zusammengefallen. Die „Taler-millionäre“ hießen 1908 in der zwölften (1902 in der neunten), die „Mark-millionäre“ in der 23. (1902 in der 18.) Milliarde auf. Auch hiernach sind offenbar die sehr großen Vermögen weiter gewachsen, oder zahlreicher geworden. Auf die Vermögen von 100 000 Mk. höher war bei der 54. Milliarde, auf die von 50 000 Mk. bei der 67. Milliarde. Die nun folgenden 25 Milliarden des preussischen Volksvermögens werden von den darunter liegenden ergänzungssteuerpflichtigen Vermögen bis hinab zu 6000 Mark gebildet. Die sehr reichen Leute sind in den Städten ungleich häufiger als in den Landgemeinden und Gutsbezirken, obwohl erstere nur 17,67, letztere 20,86 Millionen Einwohner zählen. Bei der 71. Milliarde beginnt das Übergewicht des platten Landes, und gewinnt allmählich mehr als den vierfachen Anteil. Erst in den letzten Milliarden kehrt plötzlich das annähernde Gleichgewicht oder Übergewicht der Städte zurück. Das Land verankert sehr Übergewicht den Steuerstufen, die auf ein Vermögen von 20 000 bis 40 000 Mk. hinweisen, das heißt der nach Hunderttausenden zählenden Masse des bäuerlichen Mittelstandes. Ohne den Einfluß des platten Landes würde in Preußen ein Mangel zwar nicht an sehr großen und sehr kleinen, wohl aber an mittleren Vermögen eintreten. Allerdings ist das Übergewicht des Landes an Zehnteln im Abnahme begriffen, was wohl auf den stetigen Zuwachs der Stadtbevölkerung überhaupt zurückzuführen ist.

Die Lasten der Industrie. In der „Rhein-Westf.“ vom 19. Oktober 1910 (Nr. 1150) finden sich unter vorstehender Überschrift Ausführungen, die eine nähere Untersuchung herausfordern. Es heißt dort:

Gerade die Industrie ist mit öffentlichen Lasten in einer Weise bedacht, daß eine weitere Anziehung der Steuer-schraube die große Mehrzahl der bestehenden Betriebe in empfindlicher Weise schädigen würde. Besonders wenn man die Verhältnisse auf dem internationalen Markte in Betracht zieht, muß anerkannt werden, daß eine weitere Belastung mit Abgaben die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie unter Umständen gefährden könnte, da die Unternehmer im Auslande mit gleich hohen Steuern und sozialpolitischen Lasten nicht zu rechnen haben. Neben den sozialen Lasten drücken in erster Reihe die Staats- und Gemeindesteuern; die Reichssteuern, die dem Geschäftsleben durch die letzte Reichsfinanzreform auferlegt wurden, fallen im Vergleich dazu weniger ins Gewicht. Auch dem Laien und allen denen, die sich nicht genug tun können, nach einem immer weiteren Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung zu rufen, muß es einleuchten, daß es ein ungesunder Zustand ist, wenn große Industrieunternehmungen, namentlich solche auf dem Gebiete des Berg- und Hüttenwesens bis zu 90,5 Proz. des Reingewinns für Steuern, soziale Lasten und Wohlfahrtsleistungen aufwenden müssen. Immer neue, schier unerschwingliche Staats- und Gemeindesteuern, sowie soziale Lasten sind der Industrie in den letzten Jahrzehnten aufgebürdet worden. Diese Verhältnisse werden in einer recht übersichtlichen Darstellung des Geschäftsführers des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, Paul Steller, in einer zeitgemäßen Broschüre beleuchtet.

Was über die sozialen Lasten gesagt wird, stimmt nicht. Die sozialen Lasten selbst sind tatsächlich gering. Sie auf den Reingewinn zu beziehen, ist eine Methode, die weder sachlich noch aufrichtig ist, denn sie werden nicht vom Reingewinn bezahlt. Sie sind ein Teil der Betriebskosten, wie Löhne, Steuerungen usw. Nach der Methode der „Rhein-Westf.“ könnte man von einem Artikel, der zu 90 Mk. die 1000 Kilogramm herstellt und zu 100 Mk. verkauft wird, sagen, seine Herstellungskosten betragen 900 Proz. vom Reingewinn. Wenn sogar die Beiträge der Arbeiter mit zu den sozialen Lasten des Unternehmens verrechnet und mit den Beiträgen des Unternehmens auf den Reingewinn bezogen werden, dann ist das geradezu grober Unfug.

Die Angaben des Artikels in bezug auf Steuern sind teilweise direkt falsch. Es heißt da:

Nehmen wir z. B. die Berg- und Hüttenbetriebe, so sehen wir in den Steuerlasten Schwankungen zwischen 16,8 Proz. (Böhmischer Verein für Bergbau- und Gussstahlfabrikation) bis 39 Proz. (Westfälische Drahtindustrie in Hamm) des Reingewinns. Bei diesen Steuerlasten spielen auch die örtlichen Steuerverhältnisse eine große Rolle. Ganz enorm sind aber die Belastungen, die in unseren sozialen Gesetzen begründet sind. Sie betragen bei der genannten Gruppe von Industrieunternehmen im günstigen Falle (Berliner Stahlwerke von der Appen und Wissener Eisenhütte-Aktien-Gesellschaft, Köln-Deug) 64,4 Prozent des Reingewinns. Die letztere Gesellschaft hat bei einem Reingewinn von 1 757 487 Mk. und einer Dividende von 3 und 5 Proz. soziale Lasten in Höhe von 1 131 902 Mk. und, nimmt man die Wohlfahrtsleistungen hinzu, von 1 257 696 Mk. zu tragen. Ihre gesamte Belastung mit Steuern, sozialen Lasten und Ausgaben für Wohlfahrtsleistungen macht 90,5 Proz. des Reingewinns aus.

Nimmt man z. B. den Geschäftsbericht der vereinigten Stahlwerke von der Appen und Wissener Eisenhütten-Aktien-Gesellschaft 1909/10 zur Hand, so findet man folgende Aus-

führungen:

Die Ausgaben für öffentliche Lasten haben im Berichtsjahre eine weitere starke Steigerung erfahren. Wir zählen an Abgaben:

Staats- und Gemeindesteuern	242 767,05 Mk.
Beiträge zu den Pensions- und Krankenkassen	88 086,28 „
Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung	22 281,73 „
Beiträge zur Knappschaftsberufsgenossenschaft	33 037,98 „
Beiträge zur Hütten- u. Walzwerksberufsgenossenschaft	48 226,25 „
Summa	434 399,30 Mk.

Der Geschäftsbericht gibt als statutarischen Gewinnanteil 81 442,21 Mk. an. Also genau soviel, wie die Gesellschaft zu den Berufsgenossenschaften zu leisten hat, zählt sie ihren Aufsichtsräten, und wenn man die Bezüge der Direktoren hinzunimmt, so ergibt sich vielleicht die interessante Tatsache, daß bei dieser Gesellschaft die sozialen Lasten nicht größer sind, als die Extrabezüge der Direktoren und die Aufsichtsratsstämien. Das Gerede von den sozialen Lasten ist Grundsatz und Schwindel.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Greiffenerprozess gegen die „Wahrheit“. In den am Montag wieder aufgenommenen Verhandlungen versucht zunächst der Sachverständige Kluge seine Ausführungen vom Freitag dahin zu interpretieren, dass es ihm ferngelegen habe, den Redaktionen zu unterstellen, dass sie sich in ihren Entscheidungen von anderen als sachlichen Erwägungen leiten ließen.

Die Moabitier Angeklagten vor dem Ausnahmegericht. Die Gerichtsentscheidung über die Verweisung der Moabitier Prozesse ist jetzt gefällt worden. Sämtliche Prozesse für die die Strafkammer zuständig ist, werden vor der Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber stattfinden.

Aus Nah und Fern.

Zwei Pioniere totgefahren. Eine amtliche Meldung aus Berlin besagt: Am 31. Oktober, vormittags 11 Uhr, wurde von dem Sonderzug der Militär-Eisenbahn zwischen Marienselde und Mahlow der Wagnposten, die Pioniere Wilhelm Philipp und Johann Josefial der dritten Kompanie der Betriebsabteilung der Eisenbahnbrigade überfahren. Beide waren sofort tot.

Aus den Kreisen der Edelsten und Besten. Dem „Gamb. Echo“ schreibt ein Leser: Mit Interesse las ich die, wie es scheint, nun endgültig vertagten Verhandlungen im Landratsprozess zu Greifswald. Mir schwebt da eine Geschichte vor, deren Träger auch ein Freiherr von Malgahn war, der jedoch in Oberschlesien herrschte. Vielleicht war es ein Verwandter des famosen Landrats in Pommern.

Ein Automobilunfall ereignete sich Montag früh bei Beelitz bei Berlin mit einer Motorrolschke, welche von Potsdam nach Berlin fuhr. Der Chauffeur verlor die Herrschaft über den Wagen, als er in rasender Geschwindigkeit einen Berg zwischen Wannsee und Beelitz hinauf fuhr.

Soldatenmord. Aus Wien wird berichtet, dass am 28. Oktober früh fand man auf dem Bahngelände die Leiche eines Rekruten Doll von der 6. Kompanie des 18. Infanterie-Regiments in Landa u. a. Dem Unglücklichen war der Kopf abgehauen worden.

Schwere Explosion. In den Elektrizitätswerken von Strassford kam es zu einer Explosion. Als sieben Arbeiter eine Dampfmaschine an das Hauptrohr anschließen wollten, platzte das Rohr. Alle sieben Arbeiter wurden schwer verbrüht; zwei sind bereits gestorben.

Polen-Enteignung. Wie den „Ebingen N. Nachr.“ gemeldet wird, ist dem Staatsministerium der fertig ausgearbeitete Antrag der Ansiedelungskommission auf Enteignung von siebzehn polnischen Gütern zugewandert.

Die Genshofhauer Kloster-Affäre. Die von der Krakauer Gerichtsbehörde angestellten Untersuchungen haben folgendes ergeben: 1. Das Damaskus Macoch seinen Vetter Wenzel Macoch allein ermordete, und dass die Motive zu dieser Untat erottlicher Natur waren. Stanislaus Palog hatte mit Hilfe zweier Klosterbedienten, Wojciz und Rogor, die Leiche beseitigen lassen; der Droschkenkutscher Bianto fuhr die Leiche im Sofa auf seinem Wagen ab.

Wie werde ich Kommerzienrat? Die Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlichten in Nr. 488 folgendes Inserat: Kommerzienratstitel verschafft schnellstens, jedoch nur an seriöse Persönlichkeit von makellosem Ruf.

Ständesamtliche Nachrichten vom 23. bis 29. Oktober 1910. Geburten. a) Knaben: Name und Beruf des Vaters. 17. Oktober. Maler S. C. J. G. Wohlers. 18. Lokomotivheizer C. D. Mauriz.

Abgestorbene Aufgebote. Oktober. 24. Fischergeliebte A. G. C. Möller in Schlutup und Chr. C. M. Jacobson in Jiraxendorf. Schlachtergeselle C. O. Neehz und W. R. G. Eggert in Püllingenhafen.

J. B. G. J. A. Laug geb. Eierwiser. Expedientengemeinde D. H. Kundt und A. M. W. Böhme. 28. Bureaugehilfe beim Postamt C. H. K. Koop und G. M. D. Biorfreund.

21. Oktober: Konditor C. Blau, 44 J. 24. M. M. S. Ruhfen, 2 M. Privatmann C. H. Ralsom, 61 J. Schmied C. A. H. Splitt, 67 J. Schuhmachermeister R. F. F. Rodow, 67 J. (Strelitz).

Literarisches.

Das Protokoll des Magdeburger Parteitages ist erschienen. Die Verhandlungen des Parteitages wurden dieses Jahr mit ganz außerordentlichem Interesse bei unersetzlicher Note wie auch bei den Gegnern verfolgt und besonders die Debatten über die Budgetbewilligung haben die Gemüter aufs heftigste erregt.

H. Hartlebens Volks-Atlas enthaltend 86 Karten in 125 Kartenseiten, nebst 75 Spezialkarten und Plänen. Mit Text und alphabetischem Namenregister. Fünfte, vollständig umgearbeitete und erneuerte Auflage. Groß-Folio-Format. Das Werk wird komplett in 25 Lieferungen zu 60 h = 50 Bfg. = 70 Gts. = 85 Kop. in 25 Lieferungen gebunden 18 K. = 15 Mk. = 20 Fr. = 9 Rubel.

Der Tod auf dem Schlachtfeld. Eine epische Dichtung. Vom Reichsrats-Abgeordneten Genossen Eduard Rieger. Unter diesem Titel ist in der Wiener Parteibuchhandlung eine äußerst hübsch ausgestattete Broschüre zum Preise von 30 Hellern gleich 30 Bfg erschienen. Die Arbeit, ein Gedicht von nicht weniger als tausend Verszeilen! zerfällt in sechs Abschnitte. Der erste Teil bringt als Einleitung die lebendige Schilderung einer Schlacht.

Parvus: Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus. 82 Seiten 80. Preis 75 Bfg. (Sozialistische Zeitsfragen, Heft 3.) Druck und Verlag Kaden u. Komp., Dresden-N. Diese Broschüre zeigt, wie leicht der Übergang von der modernen konzentrierten Industrie zum Sozialismus durchzuführen wäre, und deckt die Produktionsvorteile auf, die daraus erwachsen würden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Esmittich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Druckerei des „Lübecker Volksboten“.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

11. Distrikt.
Mittwoch, den 2. November,
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“.

**Deutscher
Transportarbeiterverband**
Komiteesitzung
am 2. November, abds. 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“

Für die Gratulationen und Ge-
schenke zu unserer Hochzeit danken
herzlich **C. Liedtke** und Frau.

Arbeiterinnen
für die Marinieranstalt
gesucht
Aug. Schumacher
Erntehäuserstraße 3.

Ein tüchtiger Schuhmacher
auf dauernde Arbeit sofort gesucht.
J. Kalkhorst, Kränzhäuser 7.
2 guterh. Jackets, 1 Pelzfragen
und Muff billig zu verkaufen
Chalotstraße 1a.

Dobermann zu verkauf.
Hafenstraße 52.

Dr. Schlomer
von der Reise zurück.

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli d. Js.
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Brüh- und Salzbalgen.
H. Ruß, Dankwartstraße 54.

Für den Winterbedarf
empfehle ich:
Gochsine französische und aller-
feinste Magnum-bonum-Kartoffeln
billig.

C. Heese, J. Jacobsen Nachf.
Meierstr. 26. T. 1440

E. Boy, König-
str. 61. T. 1811.
Marktstraße 46.
Mittwoch frisch eintreffend:
Eelachs, Kabjan, große Schollen,
Eckelische, Hamburger Stint,
Dorsche, Barsche, leb. holsteinische
Karpfen.

Frühes
Schwarzwaner, Kopffleisch
und **Brotwurf**
empfehle
Engelwisch 41.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Eröffnung

unserer

Warenabgabestelle 12, Schlutup

in unserm neubauten Hause, Brehmerstraße 15-17,

am **Mittwoch, dem 2. November 1910.**

Mit der Eröffnung dieser Warenabgabestelle ist der Kreis unserer Wirksamkeit
wiederum um ein beträchtliches Stück erweitert und geben wir uns der bestimmten Hoffnung
hin, daß auch die Mitglieder von Schlutup und näherer Umgegend es sich angelegen sein
lassen werden, ihre Warenabgabestelle hoch zu bringen.

Unser Bestreben soll es dagegen sein, stets für gute und billige Waren zu sorgen.

Im nachstehenden einen kurzen Preisauszug von den vielen von uns geführten Waren:

Streu- und Kristallzucker. per Pfd.	24 Pfg.	Weizenmehl. per Pfd.	16 u. 18 Pfg.
Würfelzucker	" "	Reismehl. per Pfd.	16 "
Brodenzucker	" "	Maismehl	" "
Hartgrieß	" "	Kartoffelmehl	" "
Kindergrieß	" "	Sagomehl	" "
Rangoon-Reis	" "	Hafersflocken	" "
Batna-Reis	" "	Grüße, Gersten	" "
Sago, Patent	" "	Grüße, Buchweizen	" "
Sago, echt ostindischer	" "	Grüße, Hafer	" "
Nudeln, diverse	" "	Rosinen	" "
Nudeln, Faden	" "	Korinthen	" "

Pflanzenmargarine „Palmato“ .. per Pfd. 84 Pfg.
Schmalz, garantiert reines .. " " 80 "

Petroleum, amerikanisches per Liter 17 Pfg. Streichhölzer per Paket 25 Pfg.

Ausführliche Preislisten sind in unseren sämtlichen Warenabgabestellen zu haben.
Die Unterzeichnung einer Beitrittserklärung und die Zahlung von 50 Pfg.
Beitrittsgeld berechtigt zur Warenentnahme.

Beitrittserklärungen werden in den Warenabgabestellen entgegengenommen.

Der Vorstand.

Zur Besichtigung durch unsere geehrten Mitglieder sind am Sonntag, dem
6. November 1910, nachmittags von 1/2 3 bis 5 Uhr, sämtliche Räume, soweit noch nicht
bezogen, geöffnet.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfehle
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Mobli-
lien, Koffer etc. im Lagerhaus und
Expeditionsgeschäft **Fischerstr. 52.**

Panorama
Breitestr. 53. I., St.
Vom 30. Oktbr. bis 5. Novbr.:
Brasilien.
Tour in das Innere des
Staates St. Paulo.

Arbeiter-Bildungsverein.
Lübeck.

Umstände halber findet der Vor-
trag des Genossen **Th. Schwartz**
über: „Streifzüge durch Lübeck's
Geschichte“ nicht am Donnerstag,
sondern bereits am morgigen Mitt-
woch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerks-
schaftshaus statt.
Wir erwarten eine zahlreiche Be-
teiligung.
Der Vorstand.

Apollo-Theater.

Früher Kiefewetters Klubhaus.
Mühlensstraße 46.

**Großes Verschießen u.
Auspielen**
von
fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch
am **Mittwoch, 2. Novbr. 1910.**
Anfang 10 Uhr vorm.
Hierzu ladet freundl. ein
H. Wullenweber.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 2. Nov. Abds. 8 Uhr.
Außer Abonnement.

Bei Mittwoch-Besuchen!
Parkett 1.60 u. 1.30.
Sipparterre 1 Mk. und 80 Pfg.
Die drei Klingelzüge.
Schwan von Graf Albert.
Donnerstag, 3. November, 7 1/2 Uhr.
Aushaus u. 6. gebührl. Opernpr.
Gastspiel d. Kgl. Kammerjägers
Alois Pennarini
vom Stadttheater in Hamburg.
Tannhäuser.
Große Oper von R. Wagner.

Sozialdemokratischer Verein
Trems-Vorwerk.

Monatliche
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 2. Novbr.,
abends 8 Uhr
im Lokale des Gen. H. Schultz,
Trems.
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gemacht.
Es ist Pflicht eines jeden Genossen,
diese Versammlung zu besuchen.
Der Einberufer.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung
der weibl. Mitglieder
am **Mittwoch, 2. Novbr.,**
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Vertrauensperson.

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung
am **Mittwoch, 2. November,**
abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben.
NB. Ausgabe der Tarife.
Bücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Ausspielen
von

fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am **Sonntag, 6. Novbr. 1910.**
Anfang morgens 11 Uhr.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Franz Lüth,
Karpfenstraße 21.

Achtung Bauarbeiter!

Baudelegierten-Sitzung

am **Mittwoch, dem 2. November,**
abends 8 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**
Jeder Bau muß vertreten sein.
NB. Wegen Renovierung des kleinen Saales findet unsere Mit-
glieder-Versammlung erst **Donnerstag, den 10. November,** statt.

Hansa-Theater.

Täglich abends 8 1/2 Uhr.
Gastspiel des
Original Parisiana-Ensembles
mit den bekannten Schlegern:
Turfgeheimnisse.
Schwan in 1 Akt von Aug. Neidhardt.
Verbotene Frucht.
Interieurstück in 1 Akt von Michel Provinz.
Ein wenig Musik.
Stück in 1 Aufzug von Gaston Cronier
und
Loos Nr. 33.
Schwan in 1 Akt von W. Ascher.
Seit Monaten in Hamburg Tagesgespräch.
In Berlin täglich vor ausverkauften Häusern.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten haben nur wochentags Gültigkeit.

Achtung! Zentralverband der Maurer!

Mitglieder-Versammlung
am **Mittwoch, dem 2. November 1910,**
abends 8 1/2 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52**
Tages-Ordnung:

1. Konstituierung des Bauarbeiterverbandes.
 2. Aufstellung von Kandidaten zum Zweig-
vereinsvorstand des gemeinsamen Ver-
bandes.
3. Das diesjährige Weihnachtstfest.
4. Besichtigung.
- Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Kollegen,
zu erscheinen.
NB. Auch die anliegenden Zweigvereinsmitglieder werden hiermit
eingeladet.
- Die Zweigvereinsleitung.